

# Chapeau!



## Vereinigung zur Begleitung Kranker

*Ein Herz für Menschen*

Kranke erhalten zwar meist eine angemessene medizinische Versorgung, aber das Menschliche kommt in den Pflegefabriken oft zu kurz. Leidtragende sind dabei nicht nur die Patienten, sondern auch das gestresste Pflegepersonal. Deshalb wünschen sich immer mehr

Kranke eine Pflege zuhause. Dies sprengt aber oft das Budget, und auch die Angehörigen kommen an ihre Grenzen.

**Doch wer hat heute noch Zeit und Lust, freiwillig und kostenlos zu helfen?** Die Vereinigung zur Begleitung Kranker (VBK) springt hier in die Bresche. Geschulte Betreuerinnen und Betreuer wirken dabei nicht als Pflegefachpersonen oder Haushaltshilfen, sondern verschenken ihre persönliche Anteilnahme, vermitteln Wärme und Geborgenheit und erbringen kleinere Hilfeleistungen. «Wir wollen die spitalexternen Organisationen ergänzen und die Angehörigen entlasten und möchten Langzeitkranken, Schwerkranken oder Sterbenden ermöglichen, in ihrem Umfeld gepflegt zu werden. Helfer können über die Einsatz-

zentrale des Vereins stundenweise für Einsätze tagsüber oder auch Nachtwachen angefordert werden.» Wünschenswert sei, dass sich dabei eine persönliche Beziehung auf Augenhöhe entwickle. Weiterbildungen, Supervision und eine konfessionell und politisch neutrale Haltung professionalisieren dieses Angebot. Präsidentin Patricia Rohrbach ist zuständig für Abklärungen vor Ort und versteht es, mit feiner Spürnase die passenden Betreuenden zu vermitteln. «Interessierte HelferInnen werden laufend gesucht, denn die Nachfrage ist gross.» Einen warmen Chapeau für diesen Verein, getragen von Menschen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben! *Eva Rosenfelder*

[www.begleitung-kranker.ch](http://www.begleitung-kranker.ch)



Foto: zvg

## Philomena Colatrella, Chefin der CSS

*Provoziert mit einer unpopulären Idee*

Die Krankheitskosten liegen pro Einwohner und Jahr durchschnittlich 9764 Franken. Davon werden rund 28 Prozent mit Steuergeldern, 6 Prozent mit Firmengeldern und 66 Prozent über die Krankenkassenprämien und Direktzahlungen finanziert. Die direkte Belastung beträgt im Durchschnitt 6509 Franken pro Person – kein Wunder sind gegen 30 Prozent der Bevölkerung auf Ergänzungsleistungen angewiesen.

Kostenenkungen, ein Dauerthema, sind schwierig umzusetzen: Der medizinische Fortschritt und die Zunahme der mehrfach chronischen Krankheiten erfordern jedes Jahr höhere Prämien.

Nun hat Philomena Colatrella, Chefin der Krankenkasse CSS mit einem schockierenden Vorschlag das Gesundheitswesen in Aufruhr gebracht. Worum geht es?

Wir zahlen nebst den monatlichen Versicherungsprämien jährlich eine selbstgewählte Fran-

chise zwischen 300 und 2500 Franken. Dieser Selbstbehalt beeinflusst die Höhe der Krankenkassenprämie. Ist die Franchise aufgebraucht, bleibt ein weiterer Selbstbehalt von 10 Prozent je Rechnung, bis zu einem Betrag von jährlich 700 Franken. Philomena Colatrella hat nun vorgeschlagen, eine obligatorische Franchise von 5000 bis 10000 Franken ernsthaft zu prüfen, ergänzt mit einer «Abfederung» aus dem bisherigen Topf für Prämienverbilligung für die sozial Schwächeren.

Gemäss der Initiantin wären die Folgen weniger Arztbesuche bei Bagatellfällen, dafür kostengünstigere Abklärungen etwa in Apotheken und bei anderen Gesundheits-Fachpersonen, die teilweise direkt bezahlt werden. Davon verspricht sich die Initiantin eine Senkung der monatlichen Prämien um durchschnittlich 170 Franken.



Foto: zvg

Offensichtlich sind praktisch alle Politikerinnen, Politiker, Leistungserbringer und Organisationen vehement dagegen, den Vorschlag überhaupt auch nur zu prüfen. Was angesichts der Riesenproblematik «Prämien» eigentlich verwundert. Umso mehr hat Philomena Colatrella für ihren unbequemen Denkanstoss einen «Chapeau» verdient. *Hans Wirz*

## Public Eye

*Seit 50 Jahren unbequem*

**Begonnen hat alles 1968**, als 10 000 Menschen das Manifest «Erklärung von Bern» unterzeichneten. Darin wurde die Schweizer Politik und Bevölkerung aufgerufen, Verantwortung für all die Ungerechtigkeiten zu übernehmen, die in der «armen Welt» vorherrschen und in der Schweiz ihren Ursprung haben. Globale Gerechtigkeit, so der Gedanke dahinter, beginnt immer auch bei uns zuhause. In der Folge machte die Organisation «Erklärung von Bern», deren Name 2016 in «Public Eye» umgewandelt wurde und die heute 25'000 Mitglieder zählt, mit spektakulären und innovativen Kampagnen auf sich aufmerksam. So etwa mit einer Besetzung des Bundeshauses, mit der Aktion «Nestlé tötet Babys», der unvergessenen Kampagne «Jute statt Plastik», dem Einsatz für faire Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie, der jahrelangen Verleihung der

«Public Eye Awards» am Davoser WEF an die unfairsten Unternehmen oder der Lancierung von landesweiten politischen Initiativen – um nur einige Aktionen zu nennen, die Public Eye bis heute zu der wohl einflussreichsten und bei Grosskonzernen gefürchtetsten NGO unseres Landes gemacht hat. Das allein hätte einen Chapeau verdient.

Doch Public Eye ist noch etwas anderes, nämlich: eine der wenigen wirklich investigativen Nichtregierungsorganisationen der Schweiz. «Licht in die dunklen Geschäfte von Schweizer Firmen bringen», das ist für Public Eye nicht einfach nur ein netter Slogan. Ihr geht es nicht darum, Symptome zu bekämpfen, sie will nach den Ursachen «graben». Das erfordert eine hartnäckige und bisweilen gefährliche Recherche. Beispielhaft dafür ist das Buch «Rohstoff» aus dem Jahre 2012.

Was Behörden, aber auch Medien bis dahin versäumten, hat Public Eye auf höchsten – journalistischen – Niveau geleistet: sie hat die vielfältigen Verstrickungen der Schweiz in den internationalen Rohstoffhandel aufgedeckt. Diesen Weg geht Public Eye auch weiterhin. Anlässlich ihres 50-jährigen Jubiläums hat die Organisation einen «Investigation Award» ins Leben gerufen für besonders aufwändige Recherchen über Schweizer Firmen, die im Ausland Menschenrechte verletzen. Die Resultate gleich zweier solcher Recherchen – eine über die Tabakindustrie in Afrika, die andere über die Arbeitsbedingungen beim Abwracken alter Schiffe – werden schon bald veröffentlicht. Wir sind gespannt und wünschen Public Eye viel Erfolg und eine nie erlahmende Schlagkraft.

*Klaus Petrus*

## Maximilian Schrems

*Er hat den Datenschutz in Europa erstritten*

**Er ist natürlich nicht der einzige Jurist, der sich für die gerechte Sache einsetzt**, anstatt für die Interessen zahlender Kunden. Aber der 31-jährige Österreicher Maximilian Schrems ist einer, den sich mancher Anwalt zum Vorbild nehmen dürfte. Schon während seines Studiums in Wien befasste sich Schrems vorwiegend mit IT-Recht und Datenschutz. Der Groschen ist vermutlich während eines Auslandssemesters in Kalifornien gefallen, wo er Vertreter von Facebook traf. 2011 reichte er beim irischen Data Protection Commissioner (DPC) 16 Anzeigen gegen Facebook wegen Datenmissbrauchs ein. Die irische Datenschutzbehörde ist ein zahnloser Tiger, was neben der eklatanten Steuervorteile der Hauptgrund dafür sein dürfte, dass Facebook, Google und Apple dort ihren Europasitz haben. Der DPC mauerte, wo er konnte, und Schrems zog seine Klagen

wegen Aussichtslosigkeit zurück. Aber er gab nicht auf. 2013 reichte er neue Klagen aufgrund der Erkenntnisse aus dem Prism-Skandal ein, die schliesslich vom irischen High Court dem Europäischen Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt wurden. Dieser kam 2015 zum Schluss, dass das sog. Safe-Harbour-Abkommen aus dem Jahr 2000 ungültig sei. Dieses die Verarbeitung sensibler Daten auch ausserhalb der EU vor, wenn gewisse Regeln eingehalten würden – was offensichtlich nicht zutrif.

Dies führte zur «Datenschutzgrundverordnung» (DSGVO) der EU, die seit Mai 2018 angewendet werden muss, bzw. müsste. Denn die Verordnung wird von den Datenkraken umgangen, ist Schrems überzeugt. Unter anderem sieht sie ein «Koppelungsverbot» vor, nach dem man Dienstleistungen nicht mehr davon abhängig machen darf, ob ein Nutzer seine Zu-



Foto: Wikimedia

stimmung zur Datennutzung abgibt. Schon am ersten Tag hat er deshalb Beschwerden gegen Facebook und Co. eingebracht. Die Höchststrafe liegt bei über einer Milliarde euro.

Europa kann froh sein, dass es von so hartnäckigen Menschen wie Maximilian Schrems und seinen Kolleginnen und Kollegen vom «Europäischen Zentrum für digitale Rechte» bevölkert wird. Sie machen mit Spenden den Job, für den eigentliche unsere Regierungen bezahlt werden.

*Christoph Pfluger*